



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2010/2301(INI)

24.3.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zum Handelsungleichgewicht zwischen der EU und China
(2010/2301(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Dirk Sterckx

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. in der Erwägung, dass die EU und China für den jeweils anderen zu den wichtigsten Handelspartnern gehören,
2. stellt fest, dass durch die Öffnung des Weltmarkts Wettbewerb zwischen den sozialen Systemen herrscht; nimmt zur Kenntnis, dass in städtischen Gebieten die informellen Arbeitsverhältnisse und auch die Verstöße gegen die Grundsätze menschenwürdiger Arbeit zunehmen, obwohl die Arbeitsbedingungen gesetzlich geregelt sind; stellt fest, dass der bessere Zugang zum Arbeitsmarkt infolge der Öffnung der chinesischen Wirtschaft mit einer Senkung der Arbeitslosigkeit auf dem Lande einhergeht;
3. weist darauf hin, dass China als größtes Exportland den Weltmarkt beeinflusst und dass dem Land daraus Verantwortung für die Einhaltung sozialer Mindestnormen erwächst; begrüßt, dass die chinesische Zentralregierung und auch die Kommunalverwaltungen auf diesem Gebiet Maßnahmen ergriffen haben; hält ein umfassendes Gesetz über die soziale Sicherheit und die Gesundheitsfürsorge sowie eine strikte Kontrolle der Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften für dringend notwendig; hält es für wichtig, dass die Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation geachtet wird;
4. merkt an, dass die chinesische Bevölkerung altert und dass der scheinbar endlose Nachschub verfügbarer Arbeitskräfte, vor allem bei den geringer qualifizierten, offenbar zu Ende geht; stellt fest, dass wegen der potenziellen Kostenvorteile bereits eine Verlagerung des Handels von China in andere südostasiatische Länder im Gange ist; fordert die Kommission daher auf, in Bezug auf die südostasiatische Region eine integrierte europäische Politik zu verfolgen;
5. stellt fest, dass die europäischen Auslandsdirektinvestitionen in China keine messbar negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Europa haben, sondern sich im Gegenteil positiv auf die Beschäftigung an den europäischen Standorten der betreffenden Unternehmen auswirken.